

Kärnten muss aus Raumordnungsfehlern der Vergangenheit lernen. Wörthersee-Gemeinden sollen gemeinsam agieren.

# Dem Grünraum mehr Platz geben



Rund um den Wörthersee ist die Raumordnung ein brisantes Thema NUNNER

Andrea Bergmann

Die Secufer zugebaut, in den Orten immer weniger Grün und immer mehr Zweitwohnsitze, die die Attraktivität des Alltagslebens sinken lassen. Ein Befund, der in Kärnten nicht nur den Wörthersee-Raum betrifft. Dienstag war der Befund in Velden Thema der vierten Kärntner Seenkonferenz, die sich auf Einladung des Landes und des Architekturhauses Kärnten mit Raumordnungsfragen befasste. Die Vorgabe: „Wir tagen heute, damit wir morgen unser Land noch wiedererkennen.“ Im Publikum: Bürgermeister, Gemeindevorteiler, Touristiker, Architekten, Raumplaner.

In Kärnten „als Juwel mit Bergen und Seen“ sei es Aufgabe der Politik, klare Worte zu sprechen, „also den Investoren zu sagen, was wir wollen und was nicht“, forderte Daniel Fellner als zuständiger Landesrat (SPÖ) für Raumordnung und Gemeinden. Zweitwohnsitze seien „der Tod jeder Gemeinde und für das Gemeinschaftsle-



Landesrat Daniel Fellner KLZ/WEIGELBRAUN

7700  
15

**Hektar Baulandüberschuss** gibt es in Kärnten. Das Gros stammt aus den 1960er- und 1970er-Jahren. Das wäre Platz für 190.000 Menschen bzw. ist ein Viertel der derzeit verbauten Fläche.

**Prozent Zweitwohnsitzanteil** in einer Gemeinde empfehlen Experten maximal. In den Wörthersee-Gemeinden sind es zwischen 15 und 50 Prozent. Das bewirke Orte mit sinkender Attraktivität.



Raumplaner Richard Resch KLZ/TRAUSNIG

ben. Wir kennen das vom Wörthersee.“ In der Vergangenheit sei in Sachen Raumordnung vieles falsch gemacht worden, bestand er ein. Die Zahlen belegen es: Kärnten hat 7700 Hektar Baulandüberschuss, das wäre Platz für 190.000 Menschen bzw. entspricht einem Viertel der derzeit verbauten Kärntner Fläche. 0,7 Hektar beträgt die Größe eines Fußballfeldes. Baulandwidmungen stammen aus den 60er- und 70er-Jahren, also Zeiten des Tourismusbooms. Raumordnung sei zwar primär Gemeindegange, „doch wir müssen aufhören, in Gemeindegrenzen zu denken“, so Fellner. Er appelliert, „dass sich

alle Wörthersee-Gemeinden zusammenschließen und überlegen, wie sich die Region entwickeln soll.“

Der Weg der Gemeinde Velden wurde gestern breit beschrieben, die Fehler der Vergangenheit und die Konsequenzen, die seit Jahren gezogen werden; samt befristeten Bausperren. Bürgermeister Ferdinand Vouk berichtete: Im 112 Hektar großen touristischen Kerngebiet mit 62 Hektar unverbauter Fläche „wird kein Bauland mehr gewidmet. Es ist nur noch Baulandtausch möglich.“ Die touristische Entwicklung sei damit nicht gestoppt.

Die SPÖ-ÖVP-Koalition in

Kärnten arbeitet immer noch am neuen Raumordnungs- und Gemeindeplanungsgesetz, das heuer beschlossen werden soll. Samt Stärkung der Ortszentren, samt Seen-Entwicklungskonzept. Ein Problem seien in Kärnten bestehende Widmungen außerhalb der Ortskerne, die nicht mehr bebaut werden sollten. Fellner will, dass es an Ortseinfahrten keine Widmungen für Einkaufszentren mehr geben soll. Die müssten sich in den Ortszentren ansiedeln.

Raumplaner Richard Resch stellte fest: „In der gesamten Raumordnung geht es viel zu sehr ums Bauen und viel zu wenig um den Grünraum.“

AUFWECKER



Antonia Gössinger antonia.goessinger@kleinezeitung.at

## Dem Landfraß Zügel anlegen!

Die Zahlen lesen sich absurd, sind aber Realität: Die Fläche, die Kärnten als Bauland gewidmet hat, würde 190.000 Menschen Platz bieten; sie entspricht einem Viertel der derzeit verbauten Fläche. Dennoch wird in vielen Gemeinden munter weitergewidmet. Auch mit Widmungen für Einkaufszentren oder deren Erweiterung an den Stadträndern sind die Kommunen nicht zurückhaltend.

Diese Widmungspolitik geschieht ungeachtet fortschreitender Zersiedelung, entvölkerter Ortskerne und sterbenden Wirtschaftslebens in Innenstädten. Die Menschen hätten das Recht auf ein Eigenheim und man dürfe das Wirtschaftsleben nicht einschränken, lauten die Rechtfertigungsversuche für den Landschaftsfraß. Mitverantwortlich dafür ist die Unfähigkeit der jetzigen Regierungsparteien, sich in der letzten Legislaturperiode auf ein neues Raumordnungs- und Gemeindeplanungsgesetz zu einigen.

Jede neue Widmung auf der grünen Wiese bedeutet für die Gemeinden zusätzliche Infrastrukturkosten, die sie schon jetzt kaum bewältigen können. Die Lasten, die man sich mit den vielen Zweitwohnsitzen aufgebürdet hat, war keine Lehre. Deshalb ist es Zeit für Besinnung und ordnende Maßnahmen. Der Baulandtausch, wie er jetzt in Velden praktiziert wird, ist ein guter Anfang.